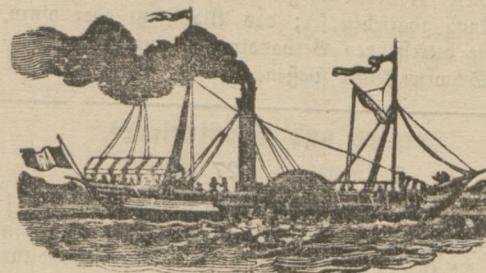


# Danziger Dampfboot.

No. 122.

Mittwoch, den 27. Mai.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portehaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1868.

39ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:  
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Büro. u. Annonc.-Büro.  
In Leipzig: Eugen Fort. & Engler's Annonc.-Büro.  
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büro.  
In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris:  
Haasenstein & Vogler.

## Telegraphische Depeschen.

Darmstadt, Dienstag 26. Mai.

Das russische Kaiserpaar wird im Laufe des Juli zu längerem Aufenthalt hier erwartet, bezieht zunächst das Schloß Heiligenberg bei Ingelheim und geht dann nach Darmstadt.

München, Dienstag 26. Mai.

Eine Proklamation des Königs, anlässlich des Verfassungsjubiläums erschienen und „An mein Volk“ gerichtet, verheißt, der König werde die Verfassung hochhalten. Die ersten Präsidenten der Landtagshäuser sind dekoriert worden.

Wien, Dienstag 26. Mai.

Der Kaiser hat gestern das Schulgesetz, das Ehegesetz und das Confessionsgesetz sanctionirt. Guten Vernehmen nach wird heute die Publikation in der Amtszeitung und im Abgeordnetenhaus stattfinden.

Bei dem Empfang der in der Pariser Ausstellung dekorirten Personen äußerte der Kaiser unter rühmlicher Anerkennung der österreichischen Industrie Folgendes: er sei fest entschlossen, zur Löschung der gestellten hohen Aufgabe unverbrüchlich auf der betretenen Bahn zu verharren.

Die „Neue freie Presse“ meldet, daß der Ministerrath im Einverständniß mit dem ungarischen Ministerium den Entwurf zu einem Wehr-Gesetz festgestellt habe, wonach die Dienstpflicht für die Linie auf vier Jahre, für die Reserve auf drei Jahre angesetzt ist.

Paris, Montag 25. Mai.

Man vermutet, daß sich der Kaiser am Sonntage in Rouen in ähnlicher Weise äußern werde wie in Orleans. Die „Presse“ glaubt, daß er die Einladung zu einem Festmahl in Havre in der zweiten Hälfte des Juni annehmen und daselbst eine politische Ansprache halten werde. — Die Vorbereitungen zu der Reise des Prinzen Napoleon sind heute in Angriß genommen. — Der Staatsminister Rouher fühlt sich unwohl und hat auf eine Woche Urlaub erhalten. — Die Thronrede des Königs von Preußen zum Schluß des Zollparlaments hat hier allgemein einen guten Eindruck gemacht.

## Politische Rundschau.

Erstaunlich fleißig ist das Zollparlament gewesen. Seine achtzehn Sitzungen hat es hintereinander abgehalten. Die Session wäre um mindestens vierzehn Tage länger geworden, wenn man Commissionsberatungen beliebt hätte. Die Vor- resp. Schlussberatungen im Plenum erweisen sich, der früheren Praxis wider, als vollkommen ausreichend und werden je länger, desto mehr zur Anwendung kommen. Präsident Simson hat die Leitung der Geschäfte keinen Augenblick lang aus der Hand gegeben, so daß das Haus nie Gelegenheit hatte, seine beiden Vicepräsidenten in Funktion zu sehen. Von sämtlichen Mitgliedern hat Moritz Mohl am häufigsten gesprochen. Er nahm bei jedem Gesetzentwurf beinahe eben so oft das Wort, als der Entwurf Paragraphen hatte. Ueberhaupt schickte Süddeutschland verhältnismäßig die meisten Redner vor, als deren bedeutendsten alle Parteien ohne Unterschied Herrn Völk anerkennen. Das giebt, was viel sagen will, auch Simson zu. Die Gerechtigkeit erheischt das Zugeständniß, daß Süddeutschland sehr bedeutende Kräfte aufzuweisen hat und durch geradezu eminente Abgeordnete vertreten war. Diese Herren — und das ist das beste Resultat des Zollparlamentes — stehen heute zum Norddeutschen

Bunde in einem ganz anderen Verhältnisse wie vor vier Wochen. Sie werden mit Ausnahme der hartgesotterten Particularisten jetzt mehr wie bisher für die gemeinsame Deutsche Sache Propaganda machen. —

Die Gastfreundschaft und Liebenswürdigkeit der Berliner — denn wenn der Berliner will, kann er außerordentlich liebenswürdig sein — werden übrigens unseren süddeutschen Brüdern die Tage des Zollparlaments troch Tabak und Petroleum zu denkwürdigen Erinnerungsfesten gemacht haben. Sie haben es im Norden anders gefunden, als sie glaubten und fürchteten; da war nichts von Überhebung und Particularismus; der nationale Gedanke brach sich überall Bahn. „Die kurze Zeit unseres Beisammenseins — sagte Graf Bismarck am Festtage im Börsensaale — ist rasch vergangen, wie ein Frühlingstag, möge denn auch die Nachwirkung sein, wie die des Frühlings auf die künftige Zeit!“ Trefflich und erhebend war die Antwort des bayerischen Ministerpräsidenten auf diese Worte des Bundeskanzlers: „Die Arbeit deutschen Geistes hat das Band der Stämme enger geschlungen; diesem Verständniß deutschen Geistes ist eine Mission zu Theil geworden, edler, herrlicher und höher als andere sogenannte civilisatorische Missionen.“ Wir denken, die französischen Kriegsdränger werden diese Worte verstehen. Alle Reden waren von dem Gedanken erfüllt, daß die volle Einheit Deutschlands das selbstverständliche Ziel unserer nationalen Institutionen ist.

Wie ein hinkender Nachbote des Anachronismus erscheint uns dieser Begeisterung gegenüber das Manifest von 26 süddeutschen Abgeordneten — mehr haben sich dazu nicht gefunden — mit der Fehlgeburt eines Südbundes. Sie freuen sich, die Adresse vereitelt zu haben, aber die Thronrede, die mehr als die Adresse war, vermochten sie nicht zu verhindern. Während ihre Collegen die Einheit Deutschlands in der nächsten Zukunft erblicken, disteln sie einen Südbund aus und geben ihm die civilisatorische Mission, zwischen den Großmächten zu vermitteln und dem europäischen Frieden zu dienen. Württemberg und das halbe Bayern vereinigen sich zum Südbunde, denn die andere Hälfte, Baden und Hessen, fühlen keine Neigung zu einer Donquisition, die kaum die nächste Session des Zollparlaments überdauern wird.

Mit der Schließung des Zollparlaments ist keineswegs auch die Schließung der gegenwärtigen Session des Zollbundeskörpers verbunden. Die Sitzungen desselben werden noch eine Zeit lang fort dauern, indem das vorliegende Material noch immer sehr bedeutend ist. —

Die von der Festfahrt nach Kiel zurückgekehrten Mitglieder des Parlaments wissen nicht genug von der vorsätzlichen Ausnahme zu erzählen, deren sie in Altona, Kiel und Hamburg theilhaftig geworden sind. Es überbot sich jeder in Beweisen der Hochachtung und Liebe, die den Abgeordneten dargebracht wurde und dem deutschen Vaterlande galt. Lebhaft beklagt wurde, daß die drei Präsidenten des Parlaments fehlten; einen vorsätzlichen Eindruck hat es gemacht, daß der alte Waldeck mit auf der Festfahrt war und als Redner sich an ihr beteiligte. In eminentem Sinne ist zu konstatiren, daß alle und jede Partei verschiedenheit unter den Abgeordneten zurücktrat. Das macht: die nationale Idee beherrschte alle ausschließlich und wird weiterhin dazu beitragen, die parlamentarischen Arbeiten im Interesse des gemeinsamen Vaterlandes zu fördern. Die Beihaltung auch der Süddeutschen an der Kieler Festfahrt war

eine recht rege zu nennen; es hätten namentlich noch mehr bayerische Abgeordnete sich eingefunden, wenn sie nach Bayern nicht nothgedrungen schon hätten zurückkehren müssen. „Wir werden“, so erzählt ein preußischer Abgeordneter, „nie in unserm Leben vergessen, was uns in Kiel und Hamburg geboten worden ist. Das sind Eindrücke, die bis zum letzten Lebenshauch vorhalten. Wer konnte ahnen, daß das Zollparlament so abschließen würde!“ —

Heute Mittags 12 Uhr findet eine Sitzung des Reichstags, die erste nach den während der Zollparlaments-Session stattgehabten Ferien statt. Der Reichstag wird vor Pfingsten noch drei oder vier Sitzungen abhalten, in denen nach Absicht des Präsidenten erledigt werden sollen: die Gesetze über die Schulhaft, über die Einquartierungslast im Frieden, über die Pensionsverhältnisse der schleswig-holsteinischen Offiziere, so daß der Rest der Session dem Budget, den Gesetzen über die Bundesbeamten und dem Gesetze über Maß und Gewicht gewidmet werden könnte. Der Präsident ist der Ansicht, daß dazu der ganze Monat Juni erforderlich sein möchte. Die Durchberatung des Gewerbeordnungsgesetzes in der Kommission ist beschlossen Sache. —

Die Blicke Süddeutschlands sind noch immer nach Berlin gerichtet, und während die Leute in die Ferne schauen und allerlei Betrachtungen anstellen, vergessen sie das nächstliegende Nothwendige. Alle die Militair-Reorganisationen, welche die süddeutsche Armee zu einer starken, welche die Grenzen des Vaterlandes zu vertheidigen im Stande wäre, entwickeln sollen, werden mit gemüthlichster Langsamkeit ausgeführt, und wenn man sich das Sprichwort ver gegenwärtigt: si vis pacem, para bellum (wenn du den Frieden willst, so sei für den Krieg vorbereitet), so muß man es hier fast im umgekehrten Sinne nehmen; es wird immer von der Möglichkeit, ja fast von Gefahr eines Krieges gesprochen, dabei sind die Maßnahmen dem tiefsten Friedensschlendrian angemessen. In Bayern haben sie sich noch gar nicht entschieden, welche Gewehre bei der Armee eingeschafft werden sollen, in Württemberg ist von Train, von Sanitätscorps, von Reserve-Cadres keine Spur; bei jeder durchzuführenden Reform gibt es endlose Verhandlungen zwischen dem Kriegs- und Finanzminister, die aber weder zu einem ja, noch zu einem nein führen. Es wäre dies auch eigentlich momentan nicht so wichtig, wenn nicht andererseits immer Fragen angeregt würden, welche ohne die der militairischen Organisation nicht zu lösen sind. Alle Minuten hört man von Anfragen, Erklärungen aus Paris über die ehemaligen Bundes-Festungen, und ob diese oder jene nicht geschleift werden soll oder wird. Ueber Moing, von dem eine Zeit lang in den französischen Blättern so viel geschrieben wurde, ist man im Klaren; man weiß an wasgebender Stelle ganz genau, daß die französische Regierung auch nicht die leiseste Andeutung versucht hat, und daß Preußen ganz sicher jede Einmischung in diese Angelegenheit als einen casus belli betrachten würde. Dagegen haben die Vermuthungen über die andern Festungen: Landau, Ulm, weiten Spielraum. Die Entscheidung steht den süddeutschen Regierungen zu, und bei dem bisherigen Gang der Reorganisation löst sich wohl fragen, ob dieser casus foederis in dem „deutschen“ Sinne aufgesetzt und durchgeführt werden wird, der in den Kammerreden vorherrscht. Als die Luxemburger Frage die Gemüther in Aufregung versetzte, da wurde viel deli-

berirt, ob denn bei den in Deutschland eingetretenen Veränderungen diese Angelegenheit von Bayern direkt als eine Kriegsfrage aufgefaßt werden müßte? Es kann also leicht geschehen, daß diese oder jene Regierung bei irgend einem Ereignisse die Entscheidung von sich abzulehnen sucht, wenn Preußen nicht die ganze Lösung mit all ihren Consequenzen allein übernehmen wollte. In diesem Augenblieke kann Bayern 40,000 Mann, Württemberg 12,000 stellen, also 52,000 — wo sind da die 150,000, von denen vor einem Jahre die Rede war? Der Rhein liegt offen, (der Brückenkopf bei Nehl ist eine Spielerei, wenn sich's einmal um einen Übergang handelt, der in dem flachen Lande überall bewerkstelligt werden kann) und wenn der Krieg einmal ausbräche, so ist der Feind mit den süddeutschen Streitkräften in ihrem jetzigen Zustande, in dem sie bei dem jetzigen Gange noch wenigstens anderthalb Jahre bleiben dürften, nicht einen Tag aufzuhalten, und die badischen Truppen können froh sein, wenn sie in Nassau unbemüht bleiben. —

Die neueste Nachricht aus Wien lautet, daß daselbst das „Schulgesetz“, das „Ehegesetz“ und das Gesetz über die „Konfessions-Verhältnisse“ die Sanction des Kaisers erhalten haben und nunmehr deren Publikation erfolgt ist.

Ein paar Worte zur Erläuterung dieser Nachricht mögen die Bedeutung dieses Ereignisses in das richtige Licht stellen.

Diese drei Gesetze im Verein mit den Staatsgrundgesetzen, welche nunmehr der österreichischen Verfassung einverlebt sind, bilden den Kern der Grundrechte des Volkes. Zählt man hierzu noch das Gesetz über Geschworenen-Gerichte, denen politische und Preß-Prozesse zugewiesen sind, das Gesetz über die von keinem Kompetenz-Gerichtshof beschränkte Berechtigung der Anklage gegen Beamte, das Gesetz über Unabsetzbarkeit und durch keine Disziplinar-Gerichtshöfe eingegrenzte Selbstständigkeit der Gerichte und der Richter, und endlich das Gesetz über Ministerverantwortlichkeit, so gewinnt man ein Gesamtbild von der Umgestaltung Österreichs.

Will man dieses Ereigniß mit einem Worte charakterisiren, so genügt der Ausspruch: „Österreich, aus Deutschland verdrängt, hat die Grundrechte der Deutschen adoptirt und führt sie in Spezialgesetzen durch. Dieser Ausdruck allein ist hinreichend, das Nachdenken aller wahren Vaterlandsfreunde anzuregen.“

Die politische Tragweite dieses Ereignisses läßt sich leicht genug ermessen. Der österreichische Staat ist in Einzel-Nationalitäten gekennet, und man meinte bisher, es könnten solche nur zusammengehalten werden durch den Despotismus und dessen Helfershelfer, den Klerus. In dieser Meinung wußte gar lange Zeit der Glaube an die Macht und das Uebergewicht Österreichs. Die Reaktion in Deutschland klammerte sich mit aufrichtiger Hingabe an das österreichische Staatsystem, weil man meinte, es könne Österreich nur bestehen im Absolutismus, und müsse demnach seine ganze Kraft in Aufrechthaltung derselben und all seiner Consequenzen aufwenden. — Jetzt befindet sich Österreich auf dem ganz entgegengesetzten Standpunkt. —

Dass sich die römische Frage wieder verwickelet, beweist unter Anderem auch die Absendung neuer französischer Truppen nach dem römischen Gebiete. In Rom waren neulich in dieser Hinsicht schon sehr übertriebene Gerüchte in Umlauf; man sagte, daß die französische Occupation-Armee auf 40,000 Mann gebracht werden sollte, und schrieb ihr Restaurations- und Reactionszweck in Italien zu. Aus Rom selbst wird gemeldet: „Der heilige Stuhl hat den amerikanischen Bischöfen auf Ansuchen Vollmacht ertheilt, auf ihre Kosten nach Rom ein Freicorps von 1000 Mann zu senden, unter der Bedingung, daß sie selbst dieselben unterhalten. Diese Freischaar bildet ein besonderes Bataillon nach dem Muster der französischen Jäger zu Fuß.“ —

Unter der gesegneten Regierung Sr. Majestät des Kaisers Napoleon ist endlich in der militärisch verwalteten Provinz Algerien eine Commission unter der Führung des Herren Lebon eingetroffen, welche die dortigen Nothstände constatiren, resp. Vorschläge zu deren Abhilfe machen soll. Ein Bischen Hunger und Krankheit läßt man sich selbst in civilisierten Staaten schon, wenn auch mit Widerwillen, gefallen, aber bis zum Menschenfresser kommen nach achtunddreißigjährigem Besitz einer Kolonie, das ist stark. Es ist dabei zu constatiren, daß vor der französischen Occupation in jenen Gegenden von Anthropophagie unter den Arabern nichts bekannt war. — Es mag sein, daß die Franzosen in dieser Beziehung abge härteter sind, als andere Nationen, denn es kommt uns dabei eine Missionsanklage ins Gedächtniß, die hier zu erwähnen nicht ungehörig sein dürfte. Die

Frau eines in Südafrika fungirenden hugenottischen Missionärs, Anna Duval, sagte, als man ihr die Nachricht brachte, die Kaffern hätten ihren Gemahl aufgefressen, in christlicher Ergebung: „Ja, das ist einmal nicht zu ändern, jedes Volk hat eben seine Gewohnheiten.“ —

Die von uns unter einem Zweifel mitgetheilte Nachricht, daß England bei den Großmächten die Initiative ergriffen habe, um sie zu einer gemeinsamen Friedenskundgebung zu veranlassen, wird merkwürdiger Weise von der Londoner „Morning Post“ bestätigt, die sogar noch deutlicher erklärt, daß es mit dieser Friedenskundgebung auf eine allgemeine Ausrüstung abgesehen sei; das Blatt setzt aber hinzufügt, daß die betreffenden Verhandlungen auf unüberwindliche Schwierigkeiten stießen. —

## Vocales und Provinzielles.

Danzig, den 27. Mai.

[Stadtverordneten-Sitzung vom 26. Mai.]

Vorsitzender hr. R. Damme. Der Magistrat ist durch die Herren Bürgermeister Dr. Eitz, Syndikus Pfeffer und Stadtäthe Hirsch und Licht vertreten. Vor der Tagesordnung wird vom Magistrat der Antrag eingebracht: daß Grundstück Sandgrube 12, 13 und 14, welches die Stadt seiner Zeit vom Kunstgärtner Rathke für 17,500 Thlr. erworben, an den früheren Besitzer auf 3 Jahre für 500 Thlr. pro Anno zu vermieten. Gleichzeitig wird mitgetheilt, daß der Vorstand des Diakonissen-Krankenhauses eine Kaufoferre gemacht. Derselbe will das Grundstück für den von der Stadt gezahlten Kaufpreis übernehmen, später jedoch nicht gleich baar erlegen, sondern mit 5 p.C. veranlassen, bis nach Verlauf von 20 Jahren — innerhalb welcher Zeit die Stadt das Kapital nicht fündigen darf — eine Amortisation erfolgt ist. Die Diakonissen-Anstalt glaubt die Kaufsumme vollständig garantiren zu können, indem dieselbe an liegenden Gründen und in Pfandbriefen ein Vermögen von 20,000 Thlr. besitzt. Von diesem Vermögen will die Anstalt jedoch eine sofortige baare Zahlung nicht leisten, weil sie dasselbe zunächst zum Umbau des zu acquizierenden Grundstücks in eine große Krankenanstalt zu verwenden gedenkt. Ferner weist dieselbe darauf hin, daß ihr verschiedene Subsistien in Aussicht stehen, welche die Garantie noch erhöhen, und außerdem dürfte das Inventar der Anstalt einen nicht unverträglichen Werth repräsentieren. Herr Bürgermeister Dr. Eitz empfiehlt die Vermietung des qu. Grundstücks, weil der Verkauf desselben einmal der unsicheren Garantie halber nicht räthlich erscheint und zweitens weil die Lazarethfrage noch immer in der Schwebe sei und die Kommune über kurz oder lang doch noch in die Nothwendigkeit versetzt werden könnte, für gemeinfährliche Kranke ein eigenes Lazareth bauen zu müssen. Herr Ritter findet die Oferre der Diakonissen-Anstalt insofern vortheilhafter für die Kommune als den Rathke'schen Mietskontrakt, da durch letzteren das Grundstück nur mit 3%, dagegen Seitens der Käufer mit 5% verzinst wird. Die Nothwendigkeit, ein eigenes Lazareth für die Stadt zu erbauen, leuchtet ihm nicht ein, da die Vorsteher des Lazareths am Olivaertor seines Wissens ein nachbarliches Grundstück gekauft haben und dasselbe mit einem Kostenaufwande von 14,000 Thlr. zur Aufnahme von 60 gemeinfährlichen Kranke einrichten werden. Dadurch falle das Motiv, welches das Ministerium bisher bestimmt habe, dem § 2 des unterm 26. März 1867 zwischen dem Magistrat und dem Lazarethvorstand geschlossenen Vertrages bezüglich der Aufnahme von gewissen Kategorien Kranke eine zu Ungunsten der Stadt beschränkende Declaration zu geben, fort. Überhaupt gehe in der Stadt das Gerücht, es sei dem Magistrat eine gewisse Schuld beizumessen, daß eine definitive Einigung zwischen der Stadt und dem Lazarethvorstande bisher noch nicht zu Stande gekommen. Die finanzielle Lage der Stadt gestatte es nicht, ein eigenes Krankenhaus, dessen Kosten 100,000 Thlr. betragen, zu erbauen, und erheischen es demnach die Verhältnisse, das Rathke'sche Grundstück ohne Kapitalverlust wieder zu verkaufen, sobald sich die Gelegenheit dazu darbietet, umso mehr als dasselbe für keinen andern städtischen Zweck geeignet sei. — Herr Dr. Eitz erörtert, daß die bisher zwischen dem Magistrat und dem Lazarethvorstande unter Vermittelung und Vorsitz des Regierungs-Collegiums und dem Ministerium andererseits gepflogenen Verhandlungen ungeachtet der eingehenden Besprechungen durchaus zu keinem Resultat geführt haben und stets an der ablehnenden Antwort des Herrn Ministers gescheitert sind. Die Stadt habe es nicht nötig, sich dem Herrn Minister zu führen zu legen oder die Angelegenheit bis zu einem etwaigen Ministerwechsel hinauszuschieben, vielmehr werde sich dieselbe unter diesen Umständen dem Bau eines eigenen Krankenhauses nicht entziehen können. Herr Bürgermeister Dr. Eitz legt die Protokolle vor, welche in den Konferenzen verhandelt sind, und belegt damit seine ausgesprochene Ansicht, daß der § 2 des Contrats vom 26. März p. ausführbar sei, da es dem Lazareth nicht an Raum gebricht. Herr Dr. Piwko hält es für einen groben Fehler, daß Rathke'sche Grundstück aus den Händen zu geben, da gleichsam über Nacht eine Regierungserfüllung der Stadt die Verpflichtung aufzulegen könne, ein Krankenhaus zu erbauen, wie dies nur vor Kurzem durch den glücklichen Zufall abgewendet worden, daß unsere Stadt von der Typhus-Epidemie verschont geblieben. Gegenwärtig genüge das neue Arbeitshaus zur Unterbringung der Siechen, aber es werde einst die Nothwendigkeit eintreten, ein eigenes Siechenhaus zu bauen, und dazu wäre das Grundstück in der Sandgrube ganz vorzüglich gelegen. Herr Kirchner bemerkt, daß die Stadt ihr Kapital zwar schlecht verzinst erhalten, aber

es doch vortheilhaft erscheine, mit Rathke abzuschließen nur die Contratszeit kürzer zu normiren. Herr Ritter schließt sich Dem an, da er nicht geglaubt, daß die Lazarethfrage so schroff stehe. Der Magistrats-Commissarius erklärt, daß Herr Rathke auf eine kürzere Contratszeit nicht eingehen. Bei der Abstimmung wird der Magistratsantrag angenommen, da Herr Gibson seine Antrag, die R.che Offerte ganz abzulehnen, zurückzieht. Letzterer bemerkt indessen noch, daß die Einigung mit dem Lazareth nur an dem guten Willen der Contrahenten liege. — Tagesordnung: Zum Provinzial Chaussee-Bau-Fonds werden 155 Thlr. nachbewilligt. Da der Grundbrunnen in Langfuhr 570 Thlr. gekostet hat, wozu Herr Preßell 200 Thlr. beigeteuert, so werden 370 Thlr. dafür in Ausgabe gestellt. Zur Ueberwölbung einer Strecke des Freigerinnes an der großen Mühle, welche auf 1446 Thlr. veranschlagt worden ist, hat der Pächter sich erboten, 246 Thlr. beizutragen, und wird der Mehrbeitrag auf die Stadtkasse angewiesen. Da der Trödler Ewald sein ganzes Vermögen in Häuserspeculationen verloren, so wird ein Kaufohrfest von 89 Thlr. niedergeschlagen. Dem Pächter des Vorwerks Stutibof wird gestattet, 50 Morgen Wiesen in Ackerpacht zu geben. Zur Feier des Johannis-Volksfestes werden 120 Thlr. bewilligt und die alte Commission, bestehend aus den Herren Stadtverordneten Hybennet, Preßell, Seeger (an Stelle des beurlaubten Forstmeisters Hrn. Wagner — Hr. v. Kampen) zum Arrangieren der Belustigungen wieder gewählt. Hr. J.-M. Breitenbach erstattet Bericht in der Angelegenheit wegen Verlegung des Droschen-Halteplatzes in Fäschenthal. Vom juridischen Standpunkte aus betrachtet, liege die Sache insofern ungünstig für die Stadt als durch eine Menge Zeugen der Nachweis geliefert wird, daß der gegenwärtige Halteplatz zum ehemaligen Steffens'schen, jetzt Rohloff'schen Grundstück gehört, die Stadt erst im Jahre 1832 mit den Anlagen in Fäschenthal begonnen hat, wihin von einem Bejährungsrecht nicht die Rede sein kann, der Stadt auch jede Urkunde als Besitzer fehlt. Daß die Fuhrleute von dem Platz Besitz ergripen, sei umso weniger maßgebend, als von den Adjacenten zum Dörfchen der selbe streitig gemacht worden. Es sei daher zu empfehlen, eine gütliche Einigung mit dem Adjacenten einzugeben, zumal Hr. Rohloff das günstige Anerbieten mache, dafür ein sehr nutzbares Ackerstück einzutauichen. Die Gefahr bei Verlegung des Halteplatzes sei für das Publikum nicht in dem Maße vorhanden, als solche geschildert, da Federmann von Jugend auf die Räder der Fuhrwerke scheue und doch nur an wenigen Tagen eine sehr starke Frequenz in Fäschenthal sei, der man auf andern Wegen entgehen könnte. Der Antrag des Herrn Syndikus Pfeffer, vorläufig auf den Tausch einzugehen und eine Magistratsvorlage über Einrichtung eines neuen Halteplatzes abzuwarten, wird angenommen.

— Dem Vernehmen nach steht eine Änderung in der Studienanordnung der künftigen Staatsbeamten bevor, und zwar soll die Studienzeit gleich zu Anfang von vier auf sechs Semester erhöht werden, und danach würden die zwei Semester wegfallen, welche jetzt nach Ablegung der Bauführerprüfung auf der Bauakademie zum Studium zugebracht werden, so daß zwischen den beiden Prüfungen als Bauführer und Baumeister keine Studienzeit mehr liegt. —

— In einem Artikel des „Mil.-Wochenbl.“, die „Sterblichkeit in den Heeren“ betreffend, wird ausgeführt, daß nach den Erfahrungen aller Kriege die Verluste, welche die Heere durch Krankheiten erleiden, viel bedeutender als die durch die feindlichen Waffen sind. Wenngleich die große Verbesserung der Pflege aller Kranke und Verwundeten, so wie die Erleichterung des Transports auf Eisenbahnen, welche die Anhäufung in den Lazaretten vermindert, während der letzten Kriege sehr günstig eingewirkt haben, so sind die größere Energie der Kriegsführung, die jegliche Art der Verbüßung, die vielen Bivouacs wieder auf den Gesundheitszustand der Heere ungünstig einwirkende Momente. Sicherlich wird mitgetheilt, daß von allen Kriegen, über welche genaue Beobachtungen vorliegen, der des preußischen Heeres gegen Dänemark für den Gesundheitszustand das günstigste Resultat giebt. Dasselbe hat bei einer Stärke von durchschnittlich 66,000 Mann 1048 Mann (738 durch Kriegswaffen) verloren, also nur 1,6 Prozent, während das französische Heer in dem Kreuzzug 21 Prozent seines Gesamtmeltas und 1859 in Italien unter in jeder Beziehung sehr günstigen Umständen noch 3,7 Prozent verloren hat. Auch der Krieg von 1866 würde ein sehr günstiges Ereignis liefern, sowohl was die Zahl der Erkrankungen anbetrifft, als die Wiederherstellung Erkrankter und Verwundeter, wenn nicht kurz vor dem Friedensschluß die Cholera aufgetreten wäre.

— Gegen keine postalische Bestimmung wird wohl seitens des Publikums mehr gefehlt, als die in Bezug auf Kreuzbandsendungen erlassen. Der Grund ist in den meisten Fällen Unkenntnis der Bestimmungen bei Versendung von Kreuzbändern seitens des Absenders. Wir halten, — da Unkenntnis der Gesetze bekanntlich nicht schützt — um unsere Leser vor oft empfindlichen Post-Contraventionsstrafen zu bewahren, es für Pflicht, auf Folgendes aufmerksam zu machen: Kreuzbänder sind zu frankiren. Es dürfen nicht nur Drucksachen

versandt werden, sondern auch gebundene Bücher. Dem Correcturbogen darf jetzt auch das Manuscript beigelegt werden. Bei Preis-Couranten, Courszetteln und Handels-Cirkularen kann auch der Preis, sowie der Name des Reisenden handschriftlich eingetragen werden; ferner ist die handschriftliche oder auf mechanischem Wege bewirkte Aenderung der Preis-Ansätze, sowie des Namens des Reisenden gestattet. Anstriche am Rande einer Zeitung sc. zu dem Zwecke, die Aufmerksamkeit des Lesers auf eine bestimmte Stelle hinzulenken, sind erlaubt. Alle Drucksachen können auch in einfacher Art (also ohne Umlegung eines Bandes) eingeschickt werden. Das Porto beträgt ohne Unterschied der Entfernung für je  $2\frac{1}{2}$  Thlr. oder einen Bruchtheil davon  $\frac{1}{3}$  Sgr. — Die offenen Karten, die früher nur innerhalb des preußischen Postgebiets zulässig waren, dürfen jetzt in ganz Deutschland versandt werden. Sie müssen aus festem Papier sein und die ungefähre Größe einer Postanweisung oder eines gewöhnlichen Briefcouverts haben. Dieselben können statt Kreuzbandsendungen bei Geschäfts-Avisen, Preis-Couranten, Familien-Anzeigen sc. Anwendung finden. Porto pro Stück  $\frac{1}{3}$  Sgr.

— Das correspondirende Publikum machen wir ferner darauf aufmerksam, daß jetzt bei Versendung von recommandirten Briefen, wenn für solche ein Rückchein — Retour-Recepisse — verlangt wird und dies Verlangen auf der Adresse des Briefes ausgedrückt worden ist, eine Gebühr von 2 Sgr. für Beschaffung des Recepisse zu entrichten ist. Früher wurde diese Gebühr für die Beschaffung der Rück-scheine für recommandirte Briefe nicht erhoben.

— [Victoria-Theater.] Der gestrige Abend bot wiederum verschiedenen Mitgliedern Gelegenheit, ihre theatralische Fähigung im glänzendsten Lichte strahlen zu lassen. Es wurden zuerst die beiden einactigen Lustspiele: „Der letzte dumme Streich“ und „Er ist nicht eifersüchtig“ gegeben. Bei dergleichen Conversationsstücken ist es ein Hauptforderniß, daß die Handlung schnell und fließend sich entwickelt, da sie, immer ja nur einem ziemlich leichten Boden entsprossen, sonst ermüdend und langweilig wird. Wir müssen den gestrigen Repräsentanten der Hauptrollen ein ganz positives Lob spenden; sie wurden jeder Anforderung der Dichter und des Publikums gerecht. In beiden Lustspielen gab Hr. Sauer einen jungen Chemann, jedoch vollständig verschiedenen Charakters. Der talentvolle Künstler bemühte sich recht glücklich, diesen Unterschied im Spiele zu markiren; besonders gut gelang ihm die quasi Othello-Szene mit Fräul. Freckmann. Das Spiel dieser jungen Dame machte einen durchaus erfrischenden und harmonischen Eindruck, denn es ließ nichts Angelerntes, nichts berühmten Vorgängerinnen im Ton und Haltung Nachgebildetes blicken, die Rolle trat in allen Nuancen mit scharfer Lebenswahrheit hervor. Fräul. Freckmann verstand es auch, dem Onkel gegenüber die tieferen Herzenschläge des verzogenen Kindes anmutig erklingen zu lassen, und der mit der frohen Ausgelassenheit mehrmals blitzschnell wechselnde Ernst der Stimmung hatte daher eine durchaus wahrheitsgetreue Färbung. Das helle, biegsame Organ und die belebte Mimik waren mit wirksamem Erfolge hierbei verwendete, technisch gut gebildete Hilfsmittel. Hr. Dietrich war als alles gemütliche Onkelchen in Wort und Spiel ganz vortrefflich. Im ersten Stücke stand Fräul. Brentk dem Hrn. Sauer als reizendes Weibchen zur Seite. Ihr durchdachtes, begagiertes Spiel erwährt sich die volle Sympathie der Zuschauer. — In der Kaiserlichen Posse: „Doctor und Friseur“, mit welcher der Theater-Abend schloß, war von wirklich hervorragender, origineller Bedeutung wieder Herr Gertsel, dessen Talent stets mit dem besten Erfolge in so charakteristischen Possentypen wie hier als „Forstschreiber“ verwendet wird. Die Darstellung des abenteuernden Damenfriseurs durch Hrn. Merbitz und seines eifersüchtigen Weibchens durch Fr. Sommer war ebenfalls recht ansprechend.

— [Germania, Lebens-Versicherungs-Aktion-Gesellschaft in Stettin.] Der von der Verwaltung dieser Anstalt ausgegebene Bericht über das Geschäft des Jahres 1867 spricht sich über alle Verhältnisse der Gesellschaft mit großer Ausführlichkeit und Offenheit aus und constatirt, daß die Geschäftsergebnisse des verflossenen Jahres trotz den nicht günstigen allgemeinen Verhältnissen sehr befriedigend waren. Es ließen im Jahre 1867 bei der Direction ein: 33,211 neue Anträge auf 15,574,170 Thlr. Pr. Cr. Capital und 18,713 Thlr. jährliche Rente. Zum Abschluß kamen dann von 23,709 Versicherungen auf 10,055,240 Thlr. Capital und 14,515 Thlr. jährliche Rente, so daß Ende 1867 in Kraft waren: 96,285 Versicherungen von 94,714 Personen auf 44,685,300 Thlr. Capital u. 21,788 Thlr. jährl. Rente. Nach den Rechnungen der Gesellschaft zu Grunde gelegten Sterblichkeitsrisiko konnte während des vorigen Jahres unter den Versicherten der Lebensversicherungs-

Abtheilung das Absterben von 752 Personen mit 473,014 Thlrn. erwartet werden; es starben im Jahre 1867 in Wirklichkeit 802 Personen, durch deren Tod 474,841 Thlr. Capital fällig wurden, so daß die Gesellschaft 1826 Thlr. für Todesfälle in dieser Abtheilung ihres Geschäftes mehr zu zahlen hatte, als die Rechnung erwartet ließ. Die Zahl der in dieser Abtheilung des Geschäftes seit dem zehnjährigen Bestehen der Gesellschaft überhaupt gestorbenen Versicherten beläuft sich auf 2970 Personen, für welche 1,884,765 Versicherungskapital von der „Germania“ an die hinterbliebenen ausgezahlt wurden. In die finanzielle Lage der „Germania“ gewährt das mit dem Rechenabschlußbericht veröffentlichte Gewinn- und Verlustkonto, sowie die Bilanzen vollständigen und klaren Einblick. Die gesammte Prämien-Einnahme pro 1867 betrug 1,398,308 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf. und übersteigt die Prämien-Einnahme in 1866 um 217,309 Thlr. 5 Sgr. 10 Pf. An Zinsen wurden vereinabt 111,130 Thlr. 28 Sgr. 11 Pf., und zwar 11,169 Thlr. 29 Sgr. 8 Pf. mehr als im Jahre 1866. Auf Effecten wurden durch Steigerung der Course 2709 Thlr. 17 Sgr. 9 Pf. gewonnen. Die Prämien-Reserve beträgt Ende 1867 2,454,916 Thlr. 7 Sgr. 9 Pf. und ist gegen das Vorjahr um 535,119 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. gewachsen; die Capital-Reserve stellt sich auf 30,871 Thlr. 29 Sgr. 6 Pf. — Die im Besitz der Gesellschaft befindlichen Hypotheken erreichten Ende 1867 die Höhe von 2,012,506 Thlrn. 28 Sgr. 11 Pf. und gewährten sämtlich 5 pct. Zinsen. Die Germania bewirkt ihre Geldanlagen fast ausschließlich in pupillarisch sicheren Hypotheken, ausgehend von dem Prinzip, daß es mit der Solidität einer Lebens-Versicherungs-Gesellschaft unverträglich sein würde, mit dem Vermögen der Gesellschaft Speculationsgeschäfte zu betreiben. Nachdem alle Ausgaben und Verpflichtungen der Gesellschaft vollständige Deckung gefunden haben, und nachdem alle erforderlichen Abschreibungen bewirkt worden sind, gelangen aus dem im Jahre 1867 erzielten Überschusses 8% der auf die Actien geleisteten Einzahlung als Dividende zur Vertheilung unter die Actionnaire und es wird daneben der Rest des Jahres-Uberschusses mit 10,720 Thlrn. 26 Sgr. 5 Pf. zu einem, für etwaige unvorhergesehene Ausgaben fünfjähriger Jahre jederzeit disponiblen Fonds zurückgestellt. Die vorstehend mitgetheilten Hauptmomente aus dem Berichte und dem Abschluß der „Germania“ für 1867 beweisen, daß die Gesellschaft bereits 1867 die abnormalen Verluste des durch Krieg und Cholera für alle deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften so gefährlichen Jahres 1866 vollständig wieder überwunden hat. Trotz den ungünstigen allgemeinen Verhältnissen des Jahres 1867 und obgleich sie eine, wenn auch geringfügige, Überschreitung der normalen Sterblichkeit zu bedenken hatte, hat die „Germania“ im vorigen Jahre einen sehr befriedigenden Überschuss erzielt. Es ist dadurch der Beweis geliefert, daß der ausgedehnte Versicherungsbestand, welchen die „Germania“ als die zweite größte deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft besitzt, die bedeutende Jahreserstattung von ca. 1½ Millionen Thalern, über welche sie verfügt, und die vor ihr bereits angekommene Reserve von ca. 2½ Millionen Thalern, sie in den Stand setzt, selbst ungünstige Jahre ohne Gefahr zu tragen, und daß die Lage des Geschäftes eine in sich bereits so gesetzte und gesunde ist, daß selbst in Jahren, welche durch günstige Sterblichkeit und andere günstige Verhältnisse nicht bevorzugt sind, nicht nur die Ansprüche der Versicherten zweifellos sichergestellt sind, sondern auch noch finanzielle Überschüsse in Aussicht stehen.

— Zwei Personen, ein Barbier und ein Arbeiter, begaben sich gestern Abend von hier nach Langeführ und Striesz und ließen sich dort in einigen Läden Geld wechseln, wobei sie das gewechselt wie ihr eigenes Geld ergriffen und sich dann eilist aus dem Staube machten. Die beiden Thäter sind in Haft genommen.

— Auf dem Fischmarkt sind gestern einem Bäckerlehrling von einer Frauensperson gewaltsamerweise mehrere Brode abgenommen. Die Thäterin ist in's Polizeigewahrsam abgeführt.

— Ein Dienstmädchen hat ihrer Herrschaft mittelst Einbruchs in das Ladenlokal aus der Kasse Geld entwendet. Die Thäterin ist zum Polizeigesängnis gebracht.

— Von dem in unsern Häfen eingelaufenen englischen Schooner „Express Eugenie“ aus will Capt. Anderson bei Hela eine entmastete Kuff observirt haben, die mutmaßlich durch Gewitter beschädigt ist.

— Die Memeler Handlung Becker und Stan-ton, welche an unserem Strande die Bernstein-gräberei rationell betreiben läßt und bereits eine bedeutende Fläche in der Nähe von Pasewarlk von der Stadt für 4500 Thlr. in Pacht genommen, hat beim Magistrat noch die Pachtung einer danebenliegenden und gute Ausbeute versprechenden Parzelle zum Preise von 7 Thlr. pro □. Rute übernommen, wodurch der Stadtlaß eine neue Einnahme von ca. 630 Thlrn. zusieht.

— Liegenhof, 26. Mai. Die Elbinger Dampfschiffe haben ihre lürzlich heruntergesetzten Frachträger sehr bald wieder erhöht, und zwar für Liegenhof um das Doppelte, nämlich auf 3 Sgr. pro Centner, auch die angelündigten Tagesfahrten aufgehoben und solche auf drei Mal wöchentlich, Montags, Mittwochs und Freitags, beschränkt, was für unseren Ort natürlich sehr unbeliebt und nachtheilhaft ist, weshalb die Anschaffung eines eigenen Dampfschiffs wohl gerechtfertigt erscheint. Dasselbe wird von Netze & Mitzlaff in Elbing gebaut und soll eine Maschine

von 25 Pferdekraft, nach neuem System, auch statt des Rades zwei Schrauben erhalten, wodurch der, den Kanaldämmen schädliche Wellenschlag beseitigt und eine schnellere Fahrt ermöglicht wird. — Dem ehemaligen Abgeordneten Herrn Nesselmann in Fürstenau, der sein Besitzthum verkauft hat und nach Berlin übersiedelt, wurde am Sonnabend von seinen Nachbarn und zahlreichen Freunden ein Abschieds-Essen gegeben, woran sich auch mehrere hiesige begeisterten, was auf das Concert im Greifenhagen'schen Garten nachtheiligen Einfluß hatte, denn es war schwach besucht. Die selten schönen Maitage der vergangenen Wochen waren gewiß sehr erwünscht und angenehm, die Natur schmachtete aber schon sehr nach Regen und dieser wurde daher vorgestern und gestern freudig begrüßt. Gestern Abend überraschte uns ein Gewitter aus Westen, dem ein lang anhaltendes Wetterleuchten folgte. Bei dieser schönen fruchtbaren Witterung ist auch die Vegetation sehr vorgeschritten und der Roggen fängt schon an zu blühen, was im Mai wohl selten sein dürfte, und so hoffen wir denn auf eine gesegnete Ernte. — Die Differenzen in unserer Schulangelegenheit sind leider noch nicht beseitigt und üben sogar nachtheiligen Einfluß auf die hiesige Turnanstalt, indem man den Schülern die Mitbenutzung des Turnplatzes verbietet, weil der Schulvorstand einen anderen Turnlehrer gewählt hat. — Die Sache liegt jetzt der Königl. Regierung zur Entscheidung vor.

— Stuhm. Die hiesige Bürgermeisterstelle mit einem jährlichen Gehalt von 700 Thalern ist zum 1. November neu zu besetzen. Meldungen werden bis zum 1. Juli angenommen.

— Thorn. Der Kronprinz soll, wie man sich erzählt, bei seiner letzten Anwesenheit gegen unsern Oberbürgermeister die Aeußerung haben fallen lassen, daß die seit langen Jahren üblichen Pefferkuchen-sendungen der Stadt Thorn an den Königlichen Hof, die man als besonderes Zeichen alter Anhänglichkeit an höchster Stelle dankbar aufgenommen, in den letzten verflossenen Weihnachtsfeiertagen vermieden worden wären. Die angebliche Entschuldigung unseres Oberbürgermeisters, daß der gewöhnliche Dank des Hofmarschallamtes ausgeblichen und man hierin ein Zeichen habe erkennen wollen, daß fernere Zusendungen nicht mehr erwünscht wären, schien etwas gezwungen und dürkte wohl zur Folge haben, daß ähnliche Vernachlässigungen sich nicht wiederholen werden.

## Die vier Menschenrassen der neuen Welt.

(Schluß.)

Der gelbe Mann, meist Chinese, zuweilen Malaien, seltener Dayak, ist von Asien und dem östlichen Archipel nach den Amerikanischen Südfeststaaten durch das dringende Bedürfnis nach Arbeitskräften hinüber geführt worden. Mag es sich um harte Minenarbeit, um die Zubereitung einer Omelette oder um das Waschen und Bügeln eines Hemdes handeln, er läßt sich zu allem bereit finden, womit Geld zu verdienen ist. Von diesen gelben Menschen leben jetzt ungefähr 60,000 in Kalifornien, Utah und Montana, sie kommen und gehen — doch es kommen ihrer immer mehr, als da gehen. Bis jetzt ist es ein schwacher, doch nützlicher Hafen. Ho-Tchang ist Inhaber einer Waschanstalt, Tschi-Hi gilt für einen tüchtigen Koch, Lum-Thing ist Mädchen für alles. Sie sind niemandem im Wege, sie arbeiten fast um eine Brotrinde. Geschmeidig und ausdauernd, sind diese gelben Menschen zu jeder Arbeit willig, im allgemeinen ziehen sie weibliche Arbeit der männlichen vor und schämen sich glücklich, zum Waschen, Kinderaufziehen und Aufwarten verwendet zu werden. Sie geben eben so tüchtige Hausnächte wie Kammermädchen ab. Lo-Sing, ein munterer alter Bursche mit höchst respectabeln Zopf, wäscht, stärkt und bügelt deine Hemden trotz der gelbstesten Wäscherei, nur läßt er sich dabei nicht abhalten, auf Busen und Manschetten zu spucken, statt sie mit Wasser zu besudeln. In seinen Augen leistet jenes ganz dieselben Dienste und man möchte noch so stark dagegen remonstrieren, ihn bei'm Zopf packen und mit der stumpfen Nase auf das heiße Eisen stoßen, ohne ihn zu überzeugen, daß das ihm zur Gewohnheit gewordene Verfahren nicht das bessere sei.

Diese gelben Menschen mögen in wenigen Jahren 600,000 Mann stark sein, dann werden sie mit andern bürgerlichen Rechten auch das Stimmrecht beanspruchen und vermögen wohl gar in allen wichtigen Fragen den Ausschlag zu geben, indem sie nach ihrem Geschmack Richter und Geschworene wählen und die Gesetze auslegen. Da sie aber Buddhisten sind, der Bißweiberei huldigen und den Mord neu geborner Kinder für erlaubt halten, möchten sich dadurch ganz unvorhergesehene Schwierigkeiten erheben, welche die Constitution nicht zu lösen vermag, sofern sie freie Ausübung aller Religionsbekennnisse gestattet.

Nicht sicherer folgt auf jedes abgelaufene Jahr ein neues, als daß sich dereinst eine mächtige Asia-

